



Näher dran.

ANTRÄGE

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG DER SPD NIEDERSACHSEN
29. MAI 2021 | HILDESHEIM

Antrag 15/I/2021

SPD-OV Syke

Der Landesparteitag möge beschließen:

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

- 1 1. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zur landesweiten Ab-
- 2 schaffung von Straßenausbaubeiträgen (Erhebungsverbot) zu schaffen.
- 3 2. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Ausgleich der kommunalen Mehrausgaben durch die
- 4 Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu ermöglichen.

5

6 Begründung

7 Die jahrelange Praxis zur Heranziehung von Straßenausbaubeiträgen im Land Niedersachsen hat in den
8 letzten Jahren zur erheblichen Schieflage der finanziellen Belastung der Bürgerinnen und Bürger geführt.
9 Häufig sind es nicht nur Anliegerinnen und Anlieger, die einzelne Straßen nutzen, was insbesondere in
10 Stadtzentren deutlich wird: Hier ist durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen auf den Hauptstraßen mit
11 regelmäßigeren und kostspieligeren Sanierungen zu rechnen, als in kleinen Nebenstraßen angrenzender
12 Wohnsiedlungen. Die Beteiligung von Anwohnerinnen und Anwohnern beim Straßenausbau ist daher in
13 vielen Fällen äußerst unsolidarisch und unsozial und entspricht somit nicht den sozialdemokratischen
14 Grundwerten.

15 Zwar hat die Landesregierung Ende 2019 durch Änderungen im Kommunalabgabengesetz (NKAG) die Mög-
16 lichkeit geschaffen, dass einzelne Kommunen auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge verzichten kön-
17 nen, jedoch führte dies lediglich zur Entstehung eines landesweiten Flickenteppichs. Während nun also die
18 Bevölkerung einiger Kommunen keine Abgaben mehr zahlen muss, muss in anderen Kommunen weiter-
19 hin mit der hohen finanziellen Belastung gerechnet werden. Dies ist für einen Großteil der Bevölkerung
20 nicht nachvollziehbar. Für viele finanzschwache Kommunen ist die Abschaffung der Straßenausbaubeiträ-
21 ge ohne Kompensation (beispielsweise durch die Erhöhung der Grundsteuer) allerdings nicht möglich. Dies
22 führt dazu, dass finanzstarke Kommunen für Einwohnerinnen und Einwohner (finanziell) noch attraktiver
23 werden. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse innerhalb Niedersachsens ist somit stark gefährdet.

24 All diese Punkte führen zu zunehmenden Akzeptanzproblemen innerhalb der Bevölkerung, was die steigen-
25 de Zahl von Bürgerinitiativen im Land Niedersachsen deutlich macht, welche sich gegen die Erhebung von
26 Straßenausbaubeiträgen aussprechen. Warum sich nur Anliegerinnen und Anlieger an der Sanierung oder
27 am Ausbau von Straßen beteiligen sollen, die von der Allgemeinheit genutzt werden, ist den Betroffenen
28 freilich nur schwer zu vermitteln. Durch die Abschaffung der Straßenbaubeiträge entsteht allerdings eine
29 zusätzliche Mehrbelastung der Kommunen, die daher durch finanzpolitische Maßnahmen des Landes aus-
30 geglichen werden muss. Hier ist beispielsweise eine Erhöhung des KFA-Ansatzes oder eine Pauschalzahlung
31 an die Kommunen, wie es die SPD in Brandenburg durchsetzte, möglich.

32

1 Empfehlung der Antragskommission:

- 2 Ablehnung.

Antrag 16/I/2021

**SPD-OV Bovenden, SPD-OV Osterode am Harz, SPD-OV Bomlitz, SPD-OV Salzdettfurth.Mitte, SPD-OV
Bodenburg/Breinum/Östrum, SPD-OV Heinde/Lechstedt/Listringen, SPD-OV Groß Dungen, SPD-StV-Bad
Salzdettfurth**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Straßenausbaubeiträge abschaffen!

1 In § 111 Abs. 5 Satz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes wird ein Verbot für die Erhe-
2 bung von Straßenausbaubeiträgen ausgesprochen. Das Land Niedersachsen übernimmt im Rahmen der
3 Konnexität den finanziellen Ausgleich an die Kommunen. Zudem werden die korrelierenden §§ 6b und 6c
4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes gestrichen.

5

Begründung

7 Das Thema Straßenausbaubeiträge wird in der Öffentlichkeit vermehrt diskutiert und ist seit 2 Jahren ak-
8 tueller als je zuvor. In ganz Niedersachsen haben sich diverse Bürgerinitiativen gegründet, die zu Recht sehr
9 aktiv auf die ungerechte Verteilung der Sanierungskosten hinweisen. Straßen werden von der Allgemein-
10 heit genutzt und sollten deshalb auch durch diese als Teil der Daseinsfürsorge finanziert werden. Die Finan-
11 zierung dieser notwendigen Infrastruktur darf sich nicht auf die an der Straße wohnenden Anlieger*innen
12 beschränken. Sie schaffen und erhalten mit ihren eigenen ersparten finanziellen Mitteln kommunales Ei-
13 gentum.

14 Für Grundstückseigentümer*innen bedeuten die Beiträge eine unverhältnismäßig hohe Belastung, die ge-
15 rade besonders für junge Familien, Rentner*innen, Gering- oder Alleinverdiener*innen kaum zu finanzieren
16 und der Auslöser für erhebliche finanzielle Schwierigkeiten sind. Junge Familien erwerben alte Immobilien,
17 bei denen neben den Kosten für Hauserwerb, Grunderwerbssteuer, Grundsteuer, energetischer Sanierung
18 sowie der notwendigen Renovierung auch noch Straßenausbaubeiträge anfallen können.

19 Die nicht seltenen existenzbedrohenden Beiträge werden von einem sehr großen Teil der Bürger*innen
20 nicht mehr akzeptiert, auch wenn sie aktuell nicht von Zahlungen betroffen sind. Mittlerweile besitzen
21 knapp die Hälfte der Bürger*innen in Deutschland (47,5 %) ein eigenes Wohnhaus. Die Anzahl an Hausbe-
22 sitzern ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Dies ist auch ein Resultat des sozialdemokra-
23 tischen Aufstiegsversprechens und einer entsprechenden Politik. Da das Eigenheim für viele Hausbesitzer
24 oft der einzige Vermögenswert ist, der im Zuge der eigenen Lebensplanung geschaffen worden ist, wer-
25 den die durch die Straßenausbaubeiträge verursachten hohen Zusatzkosten auch für unsere Wähler*innen
26 zunehmend zu einer Gerechtigkeitsfrage, die wir beantworten müssen.

27 Auch Mieter*innen nutzen täglich die Infrastruktur Straße und parken ihre Autos im öffentlichen Raum.
28 Zahlen sollen aber allein Anlieger*innen für Ausbau und Erhalt.

29 Die wiederkehrenden Beiträge sind von vielen Kommunen nicht umsetzbar, da häufig die Voraussetzungen
30 dafür nicht gegeben sind, Rechtsunsicherheit herrscht und sie mit erheblichem Verwaltungsaufwand
31 verbunden sind. Eine Erhöhung der Grundsteuer als Ausgleich für das Wegfallen der Straßenausbaubei-
32 träge birgt rechtliche Risiken. Auch die Möglichkeit von Stundung und Ratenzahlung können die generelle
33 Problematik der starken finanziellen Belastung sowie die Ungerechtigkeit nicht beseitigen.

34 Eine Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung ohne alternative Finanzierung stellt die meisten
35 Kommunen vor erhebliche Probleme. Sie sind kaum in der Lage, den kommunalen Anteil zu gewährleisten,
36 so dass häufig die Infrastruktur Straße in einem schlechten Zustand ist. Die Kommunen müssen in den
37 nächsten Jahren enorme Summen in die Pflichtausgaben Schulen, Kindertagesstätten und -krippen, sowie
38 Feuerwehrhäuser investieren. Durch die Coronapandemie sind die kommunalen Einnahmen gesunken, die
39 Ausgaben aber gestiegen. Schwimmbäder hatten kaum Einnahmen, Kita-Beiträge wurden den Eltern er-
40 lassen, Steuereinnahmen sind weggebrochen.

41 Um den kommunalen Straßenausbau dauerhaft zu gewährleisten, bedarf es langfristiger und verlässlicher
42 Finanzierungsalternativen vom Land Niedersachsen. Die Kommunen dürfen mit ihren vielfältigen Pflicht-
43 aufgaben nicht allein gelassen werden.

44 Es ist ebenfalls darauf zu achten, dass es beim Übergang bestehende/neue Regelung keine Doppelbelas-
45 tung einzelner BürgerInnen gibt.

46 Unterstützung findet diese Forderung der Abschaffung der Beiträge von einer Verbände-Allianz, zu der das

47 Landvolk Niedersachsen, Haus & Grund, Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen und der Ver-
48 band Wohneigentümer Niedersachsen gehören, sowie von unzähligen Bürgerinitiativen im ganzen Land.
49 Die Straßenausbaubeiträge sind bereits in 9 von 16 Bundesländern abgeschafft worden. Im Landkreis Hil-
50 desheim haben von 18 Städten/Gemeinden/Samtgemeinden 10 die Straßenausbaubeitragssatzung abge-
51 schafft, bzw. hatten noch nie eine. Die derzeitige Rechtslage führt in der Praxis zu der Situation, dass fi-
52 nanzstarke Kommunen auf Beiträge verzichten, finanzschwache dazu nicht in der Lage sind und Grund-
53 stückseigentümer*innen weiter belastet werden. Das wird von unseren Genoss*innen als ungerecht und
54 unsolidarisch titulierte.

55 Durch die unterschiedliche Handhabung der Straßenausbaubeiträge in den Bundesländern, lässt sich – mit
56 Blick auf doch erhebliche Kosten für betroffene Bürger*innen – die Frage stellen, ob auf diese Art und Weise
57 die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland gewahrt bleibt.

58

1 **Empfehlung der Antragskommission:**

2 Ablehnung.

Antrag 17/1/2021

SPD-OV Südharz Gemeinde Walkenried

Der Landesparteitag möge beschließen:

Straßenausbaubeiträge abschaffen!

1 **Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert , sich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Nie-**
2 **dersachsen einzusetzen und die notwendige Gesetzesnovellierung in den Niedersächsischen Landtag ein-**
3 **zubringen.**

- 4 • H. in § 111 Abs. 5 Satz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes wird ein Verbot für die
5 Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ausgesprochen.
6 • Das Land Niedersachsen übernimmt im Rahmen der Konnexität den finanziellen Ausgleich an die
7 Kommunen.

8

9 **Begründung**

10 Seit mehr als 2 Jahren wird dieses Thema in der Öffentlichkeit diskutiert. Viele Bürgerinitiativen haben sich
11 gegründet, die zu Recht sehr aktiv auf die ungerechte Verteilung der Sanierungskosten hinweisen.

12 • **Die Infrastruktur ist Aufgabe des Staates und die Straßen sind Bestandteil der öffentlichen Daseins-**
13 **vorsorge und sie werden von der Allgemeinheit genutzt.**

14 Die Finanzierung dieser notwendigen Infrastruktur nur auf die an der Straße wohnenden Anlieger*innen
15 abzuwälzen ist ungerecht. Daher sollte die

16 finanzielle Kompensation für die Kommunen aus dem Landeshaushalt erfolgen, d.h. aus allgemeinen Steu-
17 ermitteln. Diese Regelung ist in ähnlicher Form bereits in zahlreichen Bundesländern eingeführt worden.

18 • **Die derzeitige Rechtslage führt in der Praxis zu der Situation, dass finanzstarke Kommunen auf Bei-**
19 **träge verzichten können, finanzschwache dazu aber nicht in der Lage sind und Grundstückseigentü-**
20 **mer*innen deshalb weiter belastet werden / belastet werden müssen.**

21 Eine Aufgabe der Kommunen ist, dass sie ihre Straßen durch regelmäßige sachgerechte Ausbesserungsar-
22 beiten in Ordnung halten.

23 Aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten wird dies vor allem in finanzschwachen Kommunen vernachläs-
24 sigt und notwendige Ausbesserungen unterbleiben

25 bzw. werden immer weiter in zukünftige Jahre verschoben. Dadurch werden die Straßen mit der Zeit run-

26 tergewirtschaftet, sodass in der Konsequenz nur noch eine Totalsanierung in Frage kommt, an der dann die
27 Anlieger*innen beteiligt werden.

28 • **Für Grundstückseigentümer*innen bedeuten die Beiträge eine unverhältnismäßig hohe Belastung**
29 und lösen angesichts der ungewissen Höhe der Zahlungen verständlicherweise Ängste aus.

30 Denn das jetzige System ist in vielerlei Hinsicht ungerecht und kann betroffene Grundstückseigentümer*in-
31 nen mit teils vier- bis fünfstelligen Euro-Beträgen belasten.

32 Besonders junge Familien, Rentner*innen, Gering- oder Alleinverdiener*innen sind kaum in der Lage die
33 Beiträge zu finanzieren. Die Beiträge sind dann oft der Auslöser für erhebliche finanzielle Schwierigkeiten.

34 Junge Familien, die alte Immobilien erwerben, haben dann neben den Kosten für Hauserwerb, Grunder-
35 werbssteuer, Grundsteuer, energetischer Sanierung sowie der notwendigen Renovierung auch noch Stra-
36 ßenausbaubeiträge zu bedenken, die anfallen können.

37 Die nicht selten existenzbedrohenden Beiträge werden von einem sehr großen Teil der Bürger*innen nicht
38 mehr akzeptiert, auch wenn sie aktuell nicht von Zahlungen betroffen sind.

39 Die Straßenausbaubeiträge sind daher in erhebliche Kritik geraten, da die hohen Forderungen viele Bei-
40 tragspflichtige in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten bringen.

41 Auch die Möglichkeiten von Stundung, niedrigere Zinsen und Ratenzahlungen können die Problematik der
42 starken finanziellen Belastung nicht beseitigen.

43 Denn die Belastung bleibt über Jahre bestehen.

44 • **Außerdem führt der zur Erhebung erforderliche gesetzlich vorgeschriebene Verwaltungsaufwand**
45 **(Erhebung, Verwaltung der Zahlungen, Mahnungen, Stundungen, Klagen bearbeiten und am Ende**
46 **Anträge auf Niederschlagung der Forderung) zu weiteren zusätzlichen Personalkosten, die dann wie-**
47 **der die Bürger belasten.**

48 Meistens sind die Kommunen nicht in der Lage (personelle oder fachliche Ausstattung) die komplizierte
49 Erhebung mit eigenem Personal durchzuführen und müssen externe Unternehmen damit beauftragen.

50 Dies erhöht die Kosten immens und stößt bei den Bürgern – verständlicherweise – auf Unverständnis.

51 Die erzielten Einnahmen stehen in keinem Verhältnis zu den Ausgaben!

52 • **Die Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung ohne alternative Finanzierung stellt die meisten**
53 **Kommunen vor erhebliche Probleme.**

54 Sie sind kaum in der Lage, den kommunalen Anteil zu gewährleisten, so dass häufig die Infrastruktur Straße
55 in einem schlechten Zustand ist.

56 Die Kommunen müssen in den nächsten Jahren enorme Summen in die Pflichtausgaben Schulen, Kinder-
57 tagesstätten und -krippen, sowie Feuerwehrhäuser investieren.

58 Durch die Coronapandemie sind die kommunalen Einnahmen gesunken, die Ausgaben aber gestiegen.
59 Schwimmbäder hatten kaum Einnahmen, Kita-Beiträge wurden den Eltern erlassen, Steuereinnahmen sind
60 weggebrochen.

61 Um den kommunalen Straßenausbau dauerhaft zu gewährleisten, bedarf es langfristiger und verlässlicher
62 Finanzierungsalternativen vom Land Niedersachsen. Die Kommunen dürfen mit ihren vielfältigen Pflicht-
63 aufgaben nicht allein gelassen werden.

64 Unterstützung findet diese Forderung der Abschaffung der Beiträge von einer Verbände-Allianz, zu der das
65 Landvolk Niedersachsen, Haus & Grund, Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen und der Ver-
66 band Wohneigentümer Niedersachsen gehören, sowie von unzähligen Bürgerinitiativen im ganzen Land.

67 Die Straßenausbaubeiträge sind bereits in 9 von 16 Bundesländern abgeschafft worden.

68 Abschließend muss man sich die Frage stellen, ob durch die unterschiedliche Handhabung der Straßenaus-
69 baubeiträge in den verschiedenen Bundesländern, die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der
70 Lebensverhältnisse in Deutschland gewahrt bleibt.

71 **FAZIT:**

72 *Es lohnt sich, für eine Abschaffung auf Landesebene zu kämpfen - wann sonst, wenn nicht jetzt im bevorste-*

73 *henden Landtagswahlkampf? Gemeinsam können wir vieles bewegen.*

74

1 **Empfehlung der Antragskommission:**

2 Ablehnung.